



INHALT März 2011

SEITE 1

**ZEICHEN GEGEN
FREMDENFEINDLICHKEIT
UND RASSISMUS**

Wettbewerb „Die Gelbe Hand“

SEITE 2

**„WIR ALLE SIND VERANTWORT-
LICH FÜR UNSERE STADT“**

Bündnis gegen Rechtsextremismus

RATGEBER GASTRONOMIE

Rechtsextremisten nicht auf den Leim gehen

GEMEINSAM GEGEN RECHTS

Kooperationsprojekt von THW und Bündnis für Demokratie

SEITE 3

TREIBENDE KRAFT

Gewerkschaftliches Engagement in Europa

MIGRANTENLEBEN

Spanische Zuwanderung in Hamburg

**ES GIBT ÜBERFREMDUNGS-
ÄNGSTE UND VORURTEILE**

Interview mit Giovanni Pollice

SEITE 4

**INTEGRATION IST EINE
SOZIALE FRAGE**

IG Metall Migrationskonferenz

DGB BUNDESAUSSCHUSS

Neu im Kumpelverein

IHR SEID ALLE AUFGERUFEN, EIN ZEICHEN GEGEN FREMDENFEINDLICHKEIT, RASSISMUS UND FÜR GLEICHBERECHTIGUNG ZU SETZEN

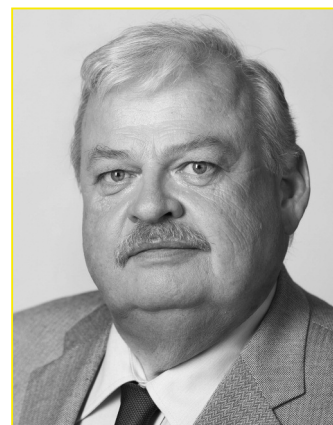
Wettbewerb „Die Gelbe Hand“ 2011/2012 startet

Zum sechsten Mal schreibt der Verein „Mach meinen Kumpel nicht an!“ den Wettbewerb „Die Gelbe Hand“ bundesweit aus. Teilnehmen können Schülerinnen und Schüler an Berufsschulen und alle Jugendliche, die sich derzeit in einer beruflichen Ausbildung befinden. Gesucht werden Beiträge gegen Ausgrenzung, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und für Gleichberechtigung mit Bezug zu Berufsschule, Berufskollegs oder zur Arbeitswelt.

„Für diesen Wettbewerb übernehme ich sehr gerne die Schirmherrschaft. Machen Sie mit und setzen Sie gemeinsam ein Signal für eine Gesellschaft, die Solidarität und Miteinander in den Mittelpunkt stellt.“ Mit diesen Worten lädt der Arbeits- und Integrationsminister Nordrhein-Westfalens, Guntram Schneider, zur Teilnahme ein. Minister Schneider übernahm gemeinsam mit dem Vorsitzenden der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten, Franz-Josef Möllenberg, die Schirmherrschaft über den Wettbewerb 2011/2012.



Franz-Josef Möllenberg



Guntram Schneider

Möllenberg betont: „Der Wettbewerb ‚Die Gelbe Hand‘ will all diejenigen würdigen, die gegen Rassismus kreativ geworden sind und aktiv Zeichen gesetzt haben.“ Und er bedankt sich gleichzeitig bei allen Bewerberinnen und Bewerbern für ihr Engagement: „Das Mitmachen beim Wettbewerb ist antirassistische Arbeit und für dieses politische Bekenntnis danke ich allen Teilnehmenden.“ Auch die Gewinner des letzten Wettbewerbs haben eine klare Antwort auf die Frage, warum junge Menschen beim Wettbewerb „Die Gelbe Hand“ 2011/2012 mitmachen sollen. „Weil Gleichgesinnte sich finden und andere feststellen, von wie vielen Vorurteilen unser Denken beherrscht wird. Nicht nur als Pfarrer sage ich, dass der Dialog, das gegenseitige Ernstnehmen und grundsätzliche Annahmen Grundlagen aller Religionen sein muss, und da haben Rassismus und Rechtsextremismus keinen Platz“, sagt Josef Jirasek stellvertretend

für die Gewinner des zweiten Preises, die Klasse SpU1 des Kaufmännischen Berufsbildungszentrums Halberg in Saarbrücken. „Weil es gut tut, sich gegen Rassismus zu engagieren“ meint Raphael, der letztes Jahr gemeinsam mit seinen Kameraden, den gewerblich-technischen und kaufmännisch Auszubildenden der Rheinbahn (Einstellungsjahr Sept. 2009), den NRW-Preis gewann. Der Verein „Mach meinen Kumpel nicht an!“ ist sehr stolz darauf, dass dank des Wettbewerbs junge Menschen nicht nur ein Zeichen gegen Rassismus und für Gleichberechtigung setzen, sondern ihr soziales Engagement leben. So spendeten die Rheinbahn-Azubis ihren Preis an das Kinderhospiz Regenbogenland in Düsseldorf.



Raphael Barczak



„WIR ALLE SIND VERANTWORTLICH FÜR UNSERE STADT“

Heilbronn: Bündnis gegen Rechtsextremismus gegründet

Angestoßen vom DGB Heilbronn wurde Mitte Februar das „Heilbronner Bündnis gegen Rechtsextremismus“ gegründet. Beteiligt sind über 35 Organisationen. Anlass für die Initiative ist die Ankündigung rechtsextremer Gruppen am 1. Mai 2011 in einem Aufmarsch durch die Stadt zu ziehen.

Mit einer Demonstration will das Bündnis ein eindeutiges Zeichen gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit setzen. In der vom Bündnis verabschiedeten Resolution heißt es: „Das Bündnis und die in ihm vertretenen Institutionen, Verbände, Vereine, Organisationen und Einzelpersonen wehren sich dagegen, dass

Menschen – gleich welcher Nationalität, Religion, ethnischer oder sonstiger Herkunft – durch Gewalt oder Diskriminierung verletzt oder beleidigt werden. Heilbronn muss eine offene Stadt bleiben, die Toleranz, Verständigung und ein gutes Miteinander mit ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern pflegt. Heilbronn will auch unseren Mitmenschen mit Zuwanderungsgeschichte eine gute Heimat sein.“

„Bei aller Unterschiedlichkeit der politischen Ansichten verbindet uns die Entschlossenheit, den Rechtsextremisten unsere demokratische Überzeugung, unseren Mut, unseren Verstand, unsere Gemeinsamkeit

und Vielfalt entgegenzusetzen“, sagt Bernhard Löffler, Heilbronner DGB Regionsvorsitzender, und fügt hinzu: „Wir alle sind verantwortlich für unsere Stadt und die Gesellschaft, in der wir leben. In diesem Sinne wollen wir ein breites Bündnis gegen den Aufmarsch der Rechtsradikalen schmieden.“

DGB-Regionssekretärin Silke Ortwein sieht in dem Engagement einen Verfassungsauftrag. Denn laut Artikel 3.2 der baden-württembergischen Landesverfassung ist der 1. Mai ein gesetzlicher Feiertag, der dem „Bekenntnis zu sozialer Gerechtigkeit, Frieden, Freiheit und Völkerverständigung“ gewidmet ist.

Ortwein: „In diesem Sinne wollen wir auch dieses Jahr den 1. Mai begehen.“

Auch das politische Heilbronn steht hinter dem Bündnis. In einer einstimmig verabschiedeten Erklärung des Gemeinderats, die in weiten Teilen identisch mit dem Ausruf des Bündnisses ist, werden die Bürgerinnen und Bürger der Stadt dazu aufgefordert, „ihre demokratische Grundhaltung an diesem Tag offenkundig zu tun“.

Silke Ortwein geht davon aus, dass das Bündnis auch nach dem 1. Mai weiterarbeiten werde. Das Thema sei ja mit einer Demonstration nicht erledigt.

GEMEINSAM GEGEN RECHTS

Kooperationsprojekt von THW und Bündnis für Demokratie

Ehrenamtlich Aktive im Umgang mit Rechtsextremismus fit machen und Führungskräfte für dieses Thema zu sensibilisieren und zu schulen, haben sich in einem Gemeinschaftsprojekt der Landesverband des Technischen Hilfswerks (THW) Berlin, Brandenburg und Sachsen-Anhalt und das Bündnis für Demokratie und Toleranz (BfDT) zum Ziel gesetzt. In insgesamt drei dezentralen Veranstaltungen wird dies umgesetzt. Zwei dieser so genannten THW-Vernetzungstreffen sind inzwischen durchge-

führt worden, und zwar für die Region Berlin im Dezember 2010 und für Brandenburg Anfang Februar.

Viele Ehrenamtliche stoßen bei ihrer Arbeit auf Herausforderungen, die aus dem rechtsextremen Umfeld kommen. Deshalb sind Informationen über rechte Bestrebungen und Handlungsweisen, Vernetzung und das Wissen um mögliche Partner auf diesem Gebiet wichtige Voraussetzungen, um rechten Tendenzen – auch im eigenen Arbeitsumfeld – entgegenwirken und selbst aktiv wer-

den zu können. Deshalb wird bei den Vernetzungstreffen der Schwerpunkt auf den Praxisbezug gelegt.

So werden neben einem Einstiegsreferat über das Thema Rechtsextremismus zwei Workshops angeboten, in denen Beispiele und Anregungen, wie Engagement gegen Rechts aussehen kann, diskutiert werden. Im ersten Workshop wird darüber informiert und diskutiert, wie eine rechtsextremistische Haltung erkannt werden kann und welche Reaktionen darauf sinnvoll sind. Im zwei-



ten Modul stellt das BfDT sich und seine Arbeit vor. Daran anschließend berichtet eine erfolgreiche Initiative gegen Rechtsextremismus, wie sie in ihrer Arbeit vorgegangen ist und vorgeht.

Die Ergebnisse der Vernetzungstreffen sollen in Handreichungen zusammengefasst werden.

RATGEBER FÜR DIE GASTRONOMIE

Rechtsextremisten nicht auf den Leim gehen

Ein Ratgeber, wie sich die Gastronomie gegen rechte Veranstaltungen in ihren Räumen schützen kann, ist vor kurzem veröffentlicht worden. Gemeinsame Herausgeber sind die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR), das Mobile Beratungsteam gegen Rechtsextremismus Hamburg und der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband Hamburg (DeHoGa).

Um Anhänger zu gewinnen versuchen Rechtsextreme durch Veranstaltungen wie Konzerte, Liederabende oder auch Versammlungen und Schulungen Menschen zu erreichen. Dazu brauchen sie aber entsprechende Versammlungsräume oder Säle von Gaststätten und Hotels. Die Vermieter werden über den Zweck der Anmietung oft im Unklaren gelassen oder bewusst getäuscht. Da werden Weihnachtsfeiern oder pri-

vate Sommerfeste angekündigt oder auch – was in der Broschüre als Beispiel genannt wird – ein „Verbandekommers der Vereinigung Hamburger Akademikerverbände“. Auf rechtsradikale Veranstaltungen lässt das nicht schließen.

Um Anmietversuche von Rechten verhindern zu können, müssen die Vermieter in der Lage sein, Rechtsextreme identifizieren zu können. Bomberjacke und Glatze sind längst nicht mehr das dominierende Outfit in der rechten Szene. Es gibt aber eine Reihe von Codes und Symbolen, die bei Rechten derzeit besonders beliebt sind und die, wenn sie benutzt werden, ein Hinweis auf Zugehörigkeit zur rechten Szene sein können. Diese Codes und Symbole werden – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – in der Broschüre vorgestellt. Und es wird empfohlen, den potenziellen

Mieter einzuladen, um die Räumlichkeiten vorzustellen. Am besten zeigt man sie ihm zu zweit, weil vier Augen bekanntlich mehr sehen. Wenn man ein ungutes Gefühl hat – rät die Broschüre – sollte man sich mit den entsprechenden Beratungsstellen in Verbindung setzen.

Ein Vermieter kann sich auch durch entsprechende Formulierungen im Mietvertrag schützen. Es könne festgelegt werden, dass es untersagt ist – so ein Formulierungsvorschlag – „die Mieträume zur Durchführung von Veranstaltungen zu nutzen, auf denen rechtsextremes, rassistisches, antisemitisches oder antidemokratisches Gedankengut dargestellt und/oder verbreitet wird, sei es vom Mieter selbst oder von Besuchern der Veranstaltung“.

Auch sollten im Mietvertrag Angaben

zur Person bzw. Organisation festgehalten und die Überlassung der Mietsache an Dritte ausgeschlossen werden. So wird verhindert, dass ein Strohhalm als Mieter auftritt. Ebenso sollte der Veranstaltungszweck festgehalten werden. Eine Veränderung kann dann als Vertragsverletzung angesehen werden.

Darüber hinaus werden weitere Punkte für den Mietvertrag vorgestellt – zum Beispiel eine Vertragsstrafe und ein Kündigungsrecht –, die einen Vermieter vor rechtsradikalen Veranstaltungen schützen können. Dazu gibt es jeweils auch Vorschläge, wie das in einem Vertrag festgehalten werden kann.

Der Ratgeber kann heruntergeladen werden unter:

<http://www.tolerantes.brandenburg.de/sixcms/detail.php/bb1c.235362.de>

TREIBENDE KRAFT

Studie über gewerkschaftliches Engagement in Europa gegen Diskriminierung

„Praktiken der Gewerkschaften zur Bekämpfung von Diskriminierungen und zur Förderung von Vielfalt“ ist der Titel einer Untersuchung, die vom Working Lives Research Institute (WLRI) der London Metropolitan University erstellt wurde und jetzt erschienen ist.

Auftraggeber war die Europäische Kommission. Deren Vizepräsidentin, Viviane Reding, zur Begründung: „Die Gewerkschaften spielen eine wichtige Rolle bei der Bekämpfung aller Arten von Diskriminierungen mit einer Vielzahl von Maßnahmen und Instrumenten. Dazu gehören: mit den Arbeitgebern verhandeln, um die Beseitigung der Diskriminierung am Arbeitsplatz zu gewährleisten und die Chancengleichheit zu fördern, die Unterstützung von Opfern von Diskriminierung und die Überwachung von Diskriminierung am Arbeitsplatz.“

In dem Forschungsprojekt wurden 280 innovative und/ oder signifikante gewerkschaftliche Initiativen gegen Diskriminierung bzw. für Förderung von Gleichstellung ermittelt. Innovativ sind Initiativen, die neue Wege des Engagements gehen oder sich über die eigene gewerkschaftliche Community hinaus einbringen. Signifikante Initiativen arbeiten flächendeckend oder sind für den nationalen Kontext von besonderer Bedeutung.

Aus diesen 280 Initiativen wurden 130 ermittelt, die als besonders innovativ oder besonders signifikant eingestuft wurden. Diese bilden die Grundlage für die Studie. Die Initiativen zielen auf verschiedene Formen der Diskriminierung. Die Mehrheit allerdings hat Diskriminierung auf Grund der ethnischen Herkunft oder Zugehörigkeit zu

Praktiken der Gewerkschaften zur Bekämpfung von Diskriminierungen und zur Förderung von Vielfalt

Bericht



einer ethnischen Minderheit als Gegenstand. Andere Gründe für Diskriminierung sind Alter, sexuelle Orientierung, Behinderung und Religion bzw. Weltanschauung. Zwei Ansätze, die darauf zielen, die Situation einer benachteiligten Gruppe zu verbessern, laufen über den sozialen Dialog. Das ist zum einen die Bereitstellung von Qualifizierungsmöglichkeiten und zum anderen die Beseitigung diskriminierender Barrieren durch Tarifverträge oder Betriebsvereinbarungen. Das schließt zum Beispiel auch Gleichstellungspläne ein. Ein weiterer Weg ist die Anpassung der eigenen Struktur an die Notwendigkeit der Antidiskriminierung. So haben viele Gewerkschaften Abteilungen eingerichtet oder Beauftragte benannt, die sich mit Diskriminierung befassen. Gleichzeitig ist das mit einer Sensibilisierung der eigenen Mitgliedschaft verbunden. Eine Möglichkeit ist es auch, Angehörige diskriminierter Gruppen bevorzugt einzustellen und auch Plätze im Gewerkschaftsvorstand für sie offen zu halten.

Insgesamt kommt die Studie zu dem Schluss, dass die Gewerkschaften „auf allen Ebenen in Europa Initiativen zur Förderung von Gleichheit und Vielfalt vorantreiben“.

Die Studie „Praktiken der Gewerkschaften zur Bekämpfung von Diskriminierungen und zur Förderung von Vielfalt“ steht im Internet unter:

<http://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=6163&langId=de>

MIGRANTENLEBEN

Spanische Zuwanderung im Hamburger Bezirk Eimsbüttel

Wenn über Migration gesprochen wird, geht es zumeist um Zahlen und Größenordnungen. Auf Hamburg bezogen sieht das dann etwa so aus: 26 % der Hamburger Bevölkerung haben eine Migrationshintergrund. 70 % davon haben eine eigene Migrationserfahrung, 30 % sind in Deutschland geboren. Die größte Gruppe sind Menschen mit türkischem Hintergrund.

Das sind zweifellos wichtige Informationen. Sie bergen allerdings die Gefahr, dass die Menschen dahinter unsichtbar bleiben. Ein umgekehrter Zugriff auf Migration ist ein Interviewprojekt mit dem Titel „Von Spanien nach Eimsbüttel“. Auf der Grundlage von 15 Interviews mit spanischen Zuwanderern der ersten und zweiten Generation wird ein Bild spanischen Lebens in dem Hamburger Bezirk gezeichnet, das der Zuwanderung ein Gesicht gibt. Die Untersuchung ist nicht repräsentativ für die spanische Zuwanderung, die es so wohl auch kaum gibt.

Bevor die Züge mit den „Gastarbeitern“, zumeist aus den strukturschwachen Regionen im Nordwesten und Süden Spaniens, nach Deutschland fuhren, stand für diejenigen, die mitwollten das Auswahlverfahren. Deutsche Ärzte waren vor Ort und untersuchten die potenziellen Auswanderer. Einer, der dabei war erinnert sich: „Jünger als 21 durftest du nicht sein, damit war man damals volljährig, älter als 40 aber auch nicht. Wenn du nicht gesund warst, durftest du nicht kommen, warst du vorbestraft, dann auch nicht. Das heißt, jene, die kamen, waren das Ergebnis einer Auslese, die es für die deutsche Bevölkerung nicht gab, weil man zu den Deutschen natürlich nicht sagen konnte, wer krank ist, raus aus Hamburg, oder wer straffällig wurde, raus aus Hamburg, und wer älter als 40 ist, raus aus Hamburg.“

Und eine Erfahrung, die sich nicht in Zahlen fassen lässt, wird so zusammengefasst: „Rückblickend glaubt Adolfo, dass er besonders in seiner Anfangszeit in Deutschland viel über Demokratie gelernt hat. Als seine deutschen Kollegen ihm von der Arbeit des Betriebsrates und dem Recht auf Betriebsversammlungen berichteten, stellte das für ihn eine ganz neue Erfahrung dar.“ Eine Erfahrung aus der zweiten Generation: „Sandra glaubt nicht, dass sich ihre Kindheit aufgrund der Migrationsgeschichte ihrer Eltern von derjenigen anderer Kinder unterschied. Die einzige Besonderheit sieht sie in der Zweisprachigkeit, die sie als Kind als „blöd“ empfunden hat. Sandra und ihre beiden Geschwister beschwerten sich bei ihren Eltern oft darüber, dass sie zuhause keine Deutsch sprechen durften.“

Es ist immer der Alltag, den die spanischen Zuwanderer erlebt haben und über den sie berichten – von der Wohnungssuche bis zur Arbeit bei Beiersdorf, einem der großen Arbeitsgeber für sie. Und was bei einer statischen Betrachtungsweise von Migration vielleicht als Wanderungssaldo endet, hört sich hier so an: „Drei Dinge würde ich im Leben auf jeden Fall wieder machen: den Beruf des Klempners ergreifen, bei Beiersdorf anfangen – und meine Frau heiraten.“ Was er nicht sagt: Ohne Auswanderung wäre das nicht möglich gewesen.

Alles in allem: Man muss nie in Eimsbüttel gewesen sein, um diese Schilderung spanischer Zuwanderung in den Hamburger Bezirk mit Erkenntnisgewinn zu lesen.

Anna Menny: Von Spanien nach Eimsbüttel – Ein Interviewprojekt zu spanischer Migration, Hrsg. Galerie Morgenland/ Geschichtswerkstatt Eimsbüttel kostet 6,50 €.

Galerie Morgenland /
Geschichtswerkstatt Eimsbüttel
Sillemstraße 79, 20257 Hamburg

ES GIBT ÜBERFREMDEUNGSÄNGSTE UND VORURTEILE

Interview des Evangelische Pressedienstes mit Giovanni Pollice

Im Herbst dieses Jahres wird der Verein „Mach meinen Kumpel nicht an!“ 25 Jahre alt. Der Evangelische Pressedienst (epd) stellte deshalb Anfang des Jahres den Kumpelverein ausführlich vor. Ein Teil der Berichterstattung war ein Interview mit dem Vorsitzenden des Vereins, Giovanni Pollice, das wir im Folgenden abdrucken.

epd: Der „Kumpelverein“ besteht seit nunmehr 25 Jahren. Ist Deutschland in dieser Zeit fremdenfreundlicher geworden?

Pollice: Wenn man von den Rechtsextremen absieht, die sicherlich nicht zu unterschätzen sind, ist Deutschland kein

fremdenfeindliches Land. Aber die Debatte zu Thilo Sarrazins Thesen zeigt, dass es in der deutschen Bevölkerung große Überfremdungsängste und Vorurteile gibt. Wir müssen alle gesellschaftlichen Gruppierungen einbeziehen, wenn wir eine gemeinsame Gestaltung unseres Zusammenlebens erreichen wollen.

epd: Was bereitet Ihnen mehr Sorge: Ausgrenzung am Arbeitsplatz oder die Zunahme von Ressentiments gegen Ausländer in der Gesellschaft?

Pollice: Mir bereitet sowohl das eine als auch das andere Sorge. Die Gewerk-

schaften, mit denen wir als „Kumpelverein“ eng zusammen arbeiten, haben in den Betrieben mehr Möglichkeiten, etwas gegen Vorurteile zu tun. So wurden etwa viele Betriebsvereinbarungen „Partnerschaftliches Verhalten am Arbeitsplatz“ abgeschlossen, die Diskriminierung verhindern können. Große Sorge bereitet mir die weit verbreitete ablehnende Einstellung gegenüber Muslimen. Deren große Mehrheit versteht sich als Teil dieser Gesellschaft. Aber immer noch stoßen viele an Grenzen, die ihnen signalisieren: „Ihr gehört nicht dazu! Wir wollen Euch nicht!“

epd: Tut die Politik genug, um Zivilcourage gegen Fremdenfeindlichkeit zu fördern?

Pollice: Die Politik muss Rahmenbedingungen schaffen, die den Zusammenhalt der gesamten Gesellschaft sichern und gleichzeitig unterschiedlichen kulturellen Identitäten, Freiräume und Entwicklungsmöglichkeiten bieten. Es geht darum, Migration demokratisch zu gestalten, statt sich dieser Realität zu verweigern. In einer globalisierten Welt können politische Konzepte, die auf Abschottung und Abgrenzung setzen, die sozialen und ökonomischen Probleme unserer Gesellschaft nicht mehr lösen.

INTEGRATION IST EINE SOZIALE FRAGE

Migrationskonferenz der IG Metall

Vom 20. bis 22. Februar 2011 fand im nordrhein-westfälischen Sprockhövel die 8. ordentliche Bundesmigrationskonferenz der IG Metall statt. Dabei zogen Aktive aus den Betrieben ein Bilanz der Arbeit und diskutierten, wie es in Zukunft mit der Migrationspolitik der IG Metall weitergehen soll.

Einen Einstieg ins Thema Migration und Integration bot der Vorsitzende des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration und Nestor der Migrationsforschung, Klaus J. Bade.

Bades Argumentation bot zusammen mit einem Referat Wolfgang Rohdes, Mitglied des geschäftsführenden Bundesvorstands der IG Metall, Grundlage für die Diskussion in sechs Foren, in denen sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit verschiedenen migrationspolitischen Fragestellungen auseinandersetzten. Themen waren unter anderem „Teilhabe im Betrieb“, „Interkulturelle Öffnung“ und „Für eine solidarische Gesellschaft - gegen Ausgrenzung, Diskriminierung und Rassismus“. Wolfgang Rohde hatte in seinem Referat den immer wieder erhobenen Vorwurf fehlenden Integrationswillens von Zuwanderern aufgegriffen. Aus seiner Sicht ist das „ein verbaler Baseballschläger“. Dieses Argument werde rausgeholt, um „draufzuhauen und das war's dann“. Rhode: „Es wird gehetzt und eine gefährliche Stimmung geschaffen“. Damit solle bewusst gespalten werden. Überzeugte Gewerkschafter sagen jedoch Nein zu billigen Vorurteilen und kämpfen für gleiche Rechte für alle. Schließlich seien es die sozialen Unterschiede, die die Integration hemmen und nicht die Herkunft. Rhode: „Leiharbeit, unsichere Jobs, moderne Tagelöhner, all das sind die Geißeln unserer Zeit. Integration ist vor allem eine soziale Frage.“

Der Zweite Vorsitzende der IG Metall, Detlef Wetzels, der ebenfalls an der Bundesmigrationskonferenz teilnahm, forderte Änderungen im Bildungssystem, um Menschen mit Migrationshintergrund besser in die Arbeitswelt integrieren zu können. Das deutsche Bildungssystem benachteilige Menschen mit Migrationshintergrund – so Wetzels. Auch nach der Schule werden junge Migrantinnen und Migranten diskriminiert. So zeige eine Studie, dass

62 % aller Hauptschulabsolventen einen Ausbildungsplatz bekommen haben. Bei den jungen Migranten waren es dagegen nur 42 %. Diese Ungerechtigkeit setzt sich auch bei den höheren Bildungsabschlüssen fort. Selbst bei der beruflichen Weiterbildung hinkt die Zahl der Migranten hinterher. Eine Folge dieser sozialen Auslese ist, dass vor allem die junge Generation der Migranten von Leiharbeit und prekärer Beschäftigung betroffen ist. Bildung ist dann auch ein Punkt, um den sich die IG Metall in Zukunft verstärkt kümmern will.

Neu im Kumpelverein

Die oben genannten Kollegen waren nicht die einzigen, die sich in den letzten vier Wochen als Fördermitglied dem Kumpelverein anschlossen, sondern viele andere auch. Besonders viele Kolleginnen und Kollegen der IG Metall, die der Vorsitzende des Vereins, Giovanni Pollice, bei der Migrationskonferenz für eine Fördermitgliedschaft gewinnen konnte.

Nachfolgend die Namen:

Tim Ackermann, DGB Jugendbildungsreferent, Region Ruhr-Mark
Sissi Banos, IG Metall Gewerkschaftssekretärin, Vorstand, Frankfurt/Main
Christiane Benno, IG Metall Gewerkschaftssekretärin, Vorstand, Frankfurt/Main
Brigitte Busweiler, IG BAU Leiterin des Verbindungsbüros, Berlin
Francescantonio Garippo, IG Metall, Betriebsrat VW Wolfsburg
Fabian Gönen, IG BCE Landesbezirksjugendsekretär, Baden-Württemberg
Julia Hoffmann, NGG, Wittenberg
Lothar Hornung, IG BCE, Hattersheim
Fritz Janitz, IG Metall, Leiter der Bildungsstätte Sprockhövel
Ömer Köskeroglu, IG Metall, Wolfsburg
Stephan J. Kramer, Generalsekretär des Zentralrat der Juden in Deutschland
Petra Kronen, IG BCE, Betriebsratsvorsitzende Bayer Uerdingen

Wir heißen sie herzlich Willkommen und bedanken uns sehr für Ihre Unterstützung. Um die erfolgreiche Arbeit des Vereins fortzusetzen, brauchen wir Eure finanzielle und ideelle Unterstützung!

In Form einer Fördermitgliedschaft (Mindestbeitrag 36 Euro im Jahr) als auch durch einer Spende. Sowohl der Förderbeitrag als auch Spenden an den Verein können steuerlich abgesetzt werden. Selbstverständlich wird von uns eine Spendenquittung ausgestellt. Durch die Werbung weiterer Förderer, durch das Tragen des Stickers, durch aktives Eintreten für Gleichberechtigung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft.

Wir sind für jeden Beitrag dankbar! Vielen Dank! Giovanni Pollice, Vorstandsvorsitzender

DGB BUNDESAUSSCHUSS

Am Rande Werbung für den Kumpelverein

Anfang März tagte der Bundesausschuss des DGB – das höchste Beschlussgremium zwischen den Bundeskongressen. Im Rahmen der Bundesausschusssitzung fand eine Diskussionsveranstaltung statt unter den Titel „Integration, Chancengleichheit, Migration“. An der Diskussion nahmen Teil: Malu Dreyer, Arbeits- und Sozialministerin des Landes Rheinland-Pfalz, Cem Özdemir, Vorsitzender der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Armin Laschet von der CDU. Vor der Diskussion hat Annelie Buntenbach vom DGB Bundesvorstand erläutert, was Integration aus Sicht der Gewerkschaften braucht, nämlich: endlich gleiche Teil-

habechancen in allen sozialen und politischen Bereichen, Investition in Bildung, Perspektiven am Arbeitsmarkt, Partizipation auf Augenhöhe, außerdem verträge Integration keine Diskriminierung. Die Gewerkschafterin hat auch die Abschaffung des Optionszwanges und die Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen gefordert. Unter den Delegierten der IG BCE war auch Giovanni Pollice. Der nutzte die Gelegenheit und konnte mehrere Fördermitglieder für den Kumpelverein gewinnen, unter anderem den Bundesvorsitzenden der IG Bau-Agrar-Umwelt (IG BAU), Klaus Wieseühgel, den Bundesvorsitzenden der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG), Franz-Josef Möllenberg und das IG Metall Vorstandsmitglied, Hans-Jürgen Urban.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

Mach meinen Kumpel nicht an! e.V.

VORSTAND

Giovanni Pollice, IG BCE
Leo Monz, DGB Bildungswerk
Volker Roßocha, DGB
Bernd Vallentin, ver.di
Holger Vermeer, IG BAU

VERANTWORTLICH

für den Inhalt: Giovanni Pollice

REDAKTION

Bernd Mansel
Medienbüro Arbeitswelt, Berlin

FOTOS

IG BCE Kumpelverein

ZUSCHRIFTEN/KONTAKT

Mach meinen Kumpel nicht an! e.V.
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Tel.: 0211-4301 193
E-Mail: info@gelbehand.de

PRODUKTION

Setzkasten GmbH, Düsseldorf
Internet: www.setzkasten.de
Tel.: 0211/4080090-0